

SAFER WORLD is a private independent international internet information network
www.safer-world.org

newsletter 64 / 08. 03. 2004

AKTIV

Buchprojekt: Berichte von betroffenen Lehrern, Schülern und Beschäftigten gesucht.

Arbeitstitel: Tatort Schulen - staatlich verordnete Körperverletzung durch Umweltgifte? Dargestellt an Beispielen von Betroffenen

Naheres bei Hans-Ulrich Hill, hans-ulrich.hill@main-rheiner.de oder bei Dagmar von Lojewski-Paschke, AG Innenraumschadstoffe und Gesundheit im BBU e.V. Bereich Schulen ,
d.vonlojewski@bbu-bonn.de

=====
CHEMIKALIEN - PHOSGEN

Von CBG: Presseerklärung vom 06.02.2004

Giftgas-Produktion bei BAYER: Umweltverbände legen EU-Beschwerde ein

Der nordrhein-westfälische Landesverband des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) haben heute bei der EU-Kommission Beschwerde gegen die Erweiterung der Phosgen-Produktion im BAYER-Werk Uerdingen eingereicht (vollständiger Beschwerdetext s.u.). BAYER hatte im vergangenen Jahr die Produktion der Kunststoffe Polycarbonat und Methylisocyanat um 100.000 bzw. 24.000 Tonnen/Jahr erhöht, womit ein Ausbau der Phosgen-Kapazität um vermutlich 60.000 Tonnen/Jahr verbunden ist. Die Erweiterung erfolgte ohne Umweltverträglichkeitsprüfung und ohne Beteiligung der Öffentlichkeit. Auch die AnwohnerInnen, die z.T. nur 300m von der Anlage entfernt leben, wurden nicht informiert.

Angelika Horster, BUND-Chemieexpertin: "Die Erweiterung der Anlagen ist unrechtmäßig, da bei dem Genehmigungsverfahren gegen mehrere EU-Richtlinien verstoßen wurde, darunter die Informations- und Umweltverträglichkeitsprüfungs-Richtlinie." BUND und CBG kritisieren in dem Schreiben an die EU, dass durch den Bau der Anlagen "eine veraltete Technik für die nächsten 30 Jahre zementiert wurde, während neue Produktionsmethoden ohne den Einsatz dieses äußerst gefährlichen Zweiges der Chlorchemie auskommen."

Phosgen wurde im 1. Weltkrieg als tödliches Kampfgas eingesetzt und wird heute als Vorprodukt bei der Kunststoffherstellung verwendet. Die Phosgenproduktion gilt als einer der gefährlichsten Industriezweige in Nordrhein-Westfalen. Die Umweltverträglichkeitsrichtlinie schreibt vor, dass auch vor Änderungs-Genehmigungen risikoreicher Anlagen ungefährlichere Alternativen geprüft werden. Eine solche Prüfung unterblieb im vorliegenden Fall.

CBG-Geschäftsführer Philipp Mimkes: "Es ist nicht hinzunehmen, dass Umweltverbände und Öffentlichkeit im Vorfeld nicht informiert wurden und nicht die Möglichkeit erhielten, Einwendungen gegen das Projekt zu erheben." Auch Fragen von BUND und CBG nach der gesamten Produktionsmenge von Phosgen im Werk Krefeld-Uerdingen sowie der maximal freisetzbaren Menge Phosgens und anderer Gifte im Störfall waren mit Hinweis auf Sicherheitsrisiken unbeantwortet geblieben. Die Verbände ersuchen die EU-Kommission daher, "rechtliche Mittel zu ergreifen, um die korrekte Anwendung der o.g. Richtlinien durch die Bundesrepublik Deutschland sicher zu stellen".

Gerne senden wir den vollständigen Text der EU-Beschwerde und weitere Informationen zu.

Für Rückfragen: Angelika Horster, BUND-Chemieexpertin, Tel.: 02151 / 47 56 86 und Philipp Mimkes, Coordination gegen BAYER-Gefahren, Tel.: 0211 / 333 911, CBGnetwork@aol.com

Herausgeber: BUND NRW, Pressesprecher: Dirk Jansen, Tel: 0211 / 30 200 5-22, , dirk.jansen@bund.net, www.bund-nrw.de Coordination gegen BAYER-Gefahren, Tel: 0211-333 911, Fax: 0211-333 940, www.CBGnetwork.de

=====

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

Versicherer schießen Haftung für Mobilfunk-Risiken aus

dpa MÜNCHEN. Für Mobilfunkbetreiber und Handy-Hersteller wird es einem Pressebericht zufolge immer schwerer, sich gegen mögliche Schadenersatzklagen wegen elektromagnetischer Strahlung zu versichern. Führende Versicherer in Deutschland hätten dieses Risiko wegen der nicht einschätzbaren Gesundheitsgefahren in ihren Policen inzwischen ausgeschlossen, berichtete die "Süddeutschen Zeitung" am 28. Januar unter Berufung auf die beiden weltgrößten Versicherungsmakler Marsh und Aon.

Welche Mobilfunk- und Handymfirmen betroffen sind, blieb offen. Mobilfunkfirmen konnten sich bisher über ihre Betriebshaftungsversicherung gegen mögliche Schadenersatzforderungen wegen Elektrosmogs versichern. In den bereits beendeten Vertragsverhandlungen für das laufende Jahr seien diese Risiken "erstmalig auf breiter Front" ausgeschlossen worden. Insbesondere hätten Firmen, die sich mit Mobilfunk beschäftigten, keine Deckung mehr erhalten.

Ein Sprecher von Aon Jauch & Hübener, der Deutschland-Vertretung von Aon, sagte der Zeitung, viele Versicherer hätten sich mit ihrem Bestreben, die Risiken elektromagnetischer Strahlung auszuschließen, "erstmalig durchgesetzt". Ein Sprecher des deutschen Marktführers Allianz sagte dem Blatt, sein Haus versichere schon länger keine Handy-Hersteller mehr gegen Elektrosmog-Risiken. Bei Mobilfunk-Betreibern gebe es eine "Fall-zu-Fall-Betrachtung".

Die gesundheitlichen Folgen der Strahlung von Handys und Sendeanlagen ist seit Jahren umstritten. Einen wissenschaftlichen Beleg für Gesundheitsgefahren gibt es bis heute nicht. Grund für die Vorsicht der Versicherer seien die Erfahrungen mit Asbest, berichtete die Zeitung.

Das Mineral, das jahrzehntelang zum Schutz gegen Feuer eingesetzt wurde, galt lange als ungefährlich. Als dann bewiesen wurde, dass die Fasern Krebs erzeugen können, mussten die Versicherer vor allem in den USA Milliardenzahlungen leisten, weil Produzenten und Verarbeiter von Asbest bei ihnen versichert waren. /afp (28.01.2004)

24.01.2004

Betreiber behaupten, Mast sei noch nicht angeschaltet gewesen

In einigen Fällen, in denen es mir möglich war, solche von den (direkten und indirekten) Mitarbeitern der Mobilfunkunternehmen gerne genüsslich erzählten Märchen nachzuprüfen, war die Sendeanlage zwar noch nicht offiziell eingeschaltet, aber im Probebetrieb. In einem anderen Fall hatte das Mobilfunkunternehmen, gegen das ich Strafantrag wegen Körperverletzung gestellt hatte, spöttisch in den Medien, gegenüber der Staatsanwalt und vor Gericht auch behauptet, dass die betreffende Sendeanlage gar nicht eingeschaltet war. Erst als ich meine Messprotokolle vorlegte und der Richter vom Mobilfunkunternehmen verlangte, zu beweisen, dass die Sendeanlage nicht eingeschaltet war, musste das Unternehmen eingestehen, dass die Sendeanlage eingeschaltet war. Man bedauerte diesen Irrtum.

Trotzdem wird mir immer noch gelegentlich vorgehalten, ich habe mich damals geirrt und die Betroffenen haben sich alles eingebildet - es stand so schließlich in der Zeitung und wird von den Mobilfunkunternehmen - allerdings jetzt ohne Namensnennung - immer noch gerne weiterverbreitet.

Mein Rat: man sollte die Erwartungen an den Wahrheitsgehalt der Aussagen der Mobilfunkunternehmen eher niedrig ansetzen.

Mit freundlichen Grüßen Wulf-Dietrich Rose, Internet: <http://www.elektrosmog.com> , E-Mail: info@elektrosmog.com <http://de.groups.yahoo.com/group/elektrosmog-liste/message/3336>

=====
KURZINFO

8.04.2004

Statistik: Raucher erhalten das Gesundheitssystem

Dortmund (dpa) - Falsche Ansichten über Gesundheit, Vorbeugung und die Belastung des Gesundheitssystems will der Dortmunder Statistikprofessor Walter Krämer ausräumen. «Vorbeugen ist für das Gesundheitssystem nicht günstiger als heilen. Denn Menschen, die auf ihre Gesundheit achten, leben länger», sagte der Wissenschaftler am Samstag in einem dpa-Gespräch.

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=3&d=8&id=109120>

2.03.2004

Venlafaxin hilft rasch bei sozialer Phobie. Das Unternehmen Wyeth erwartet in Kürze eine Zulassungserweiterung für das Antidepressivum Venlafaxin in Deutschland. Das Präparat kann dann auch für Patienten mit sozialer Phobie angewendet werden.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=296647,3270./medizin/angst>

2.03. 2004

Non fumare: Italienische Züge sind ab sofort rauchfreie Zonen

Von der "Libertà di non fumare" - der Freiheit, nicht zu rauchen - will die italienische Bahngesellschaft Trenitalia ihre Kunden überzeugen und verbietet ab sofort den Tabakgenuss in allen ihren Zügen.

Damit wird Italien, das ansonsten oft wie eine einzige Raucherzone wirkt, zum Vorreiter in Europa

<http://www.spiegel.de/reise/aktuell/0,1518,druck-288692,00.html>

Untersuchungen zur Kanzerogenität granulärer Stäube an Ratten - Ergebnisse und

Interpretationen: Webadresse nicht mehr oder unter geänderter Adresse im Netz

21.02.2004

Aspirin erhöht Anfallsrisiko bei Asthma 21 Prozent der Erwachsenen reagieren sensibel

<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=040220022>

15.02.2004

Schizophrenie: Bleihaltiges Benzin als möglicher Auslöser Seattle (dpa) - In einer ersten Studie sind US-Forscher einer Verbindung zwischen bleihaltigem Benzin und Schizophrenie auf der Spur. Demnach tragen Menschen, die als Ungeborene durch ihre Mutter mit dem Blei in Kontakt gekommen waren, das doppelte Risiko, ... US-Forscher findet Zusammenhang zwischen Umweltgift und Geisteskrankheit <http://www.presetext.de/pte.mc?pte=040216013>

Wir haben eine Allergie-Epidemie Von einer "Allergie-Epidemie" haben deutsche Allergologen bei der Vorstellung der Neuauflage vom "Weißbuch Allergie" am Mittwoch in Berlin gesprochen. Sie forderten, Allergien als chronische Erkrankungen zu klassifizieren und warnten vor einer weiteren Verschlechterung der Versorgung <http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=296160,3237./medizin/allergien>

Oder

Mindestens zehn Prozent aller Kinder in Deutschland leiden an Neurodermitis. Die Zahl der jungen Patienten hat sich in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt, sagte Britta Bunselmeyer von der Hautklinik der Universität Münster...

<http://www.netdoktor.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=2&d=9&id=108085>

Studie: Rauchen macht unfruchtbar LONDON. Tabakrauchen setzt die Fruchtbarkeit von Männern und Frauen auf verschiedenen Ebenen herab. Zu diesem Urteil kommt eine Übersicht, welche die British Medical Association (BMA) in Auftrag ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=15384>

Nikotin erreicht Raucher-Kinder Selbst wenn die Türen geschlossen sind: Raucher-Kinder haben doppelt so viele Nikotin-Reststoffe im Körper als Nichtraucher-Kinder Stockholm - Kinder von Rauchern haben schwedischen Forschern zufolge auch dann überdurchschnittlich viel Nikotin im Körper, wenn ihre Eltern Tabak stets außerhalb der eigenen vier Wände konsumieren. ... Eine weitere schwedische Studie mit 1.600 befragten Eltern von ein- bis bis zweijährigen Kinder ergab einen Zusammenhang zwischen dem Rauchen der Eltern und Atemwegsbeschwerden wie anhaltenden Husten. (Apa/dpa) <http://derstandard.at/?id=1565494>

10.02.2004

Gebäude machen nicht so krank wie bisher angenommen Die Befindlichkeit von Menschen, die in großen Bürogebäuden arbeiten, wird stärker von den Tätigkeitsmerkmalen und der Persönlichkeit der Beschäftigten beeinflusst als von den raumklimatischen Gegebenheiten. Das ist das Ergebnis einer Studie zum Sick Building Syndrome.

Bibliographische Angaben: Bischof, Wolfgang/Bullinger-Naber, Monika/Kruppa, Boris/Müller, Bernd Hans/Schwab, Rudolf [Hrsg.]: Expositionen und gesundheitliche Beeinträchtigungen in Bürogebäuden. Ergebnisse des ProKlimA-Projektes. IRB Verlag: Stuttgart 2004. ISBN 3-8167-6408-8, 49.-EURO Das Buch kann beim Fraunhofer IRB Verlag, Postfach 800469, 70569 Stuttgart oder unter Tel.: 0711 / 9702500, Fax: 0711 / 9702508, E-Mail: irb@irb.fraunhofer.de bzw. direkt unter www.IRBbuch.de bestellt werden.
<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=295717.3234./medizin/umweltmedizin>

Anmerkung Scherrmann: Falls sich jemand etwas naeher mit dieser Studie beschaeftigt hat, waere ich dankbar fuer eine Rueckmeldung. Insbesondere waere ich an den Frageboegen interessiert. Ich vermute Parallelen zur mMCS-Studie.

Berufskrankheiten: Nur jeder vierte Verdacht anerkannt. München (dpa) - Eine Berufskrankheit im öffentlichen Dienst wird von den Unfallversicherungen nur in weniger als jedem vierten Verdachtsfall anerkannt. Insgesamt wurden 2002 genau 4229 Fälle entschieden, von denen jedoch nur 966 anerkannt wurden,. <http://www.netdoktor.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=2&d=6&id=108003>

3.02.2004

Brustkrebs: Krebsgesellschaft warnt vor parabenhaltigen Deodorants FRANKFURT. Die Deutsche Krebsgesellschaft rät Verbrauchern zum Verzicht auf Deodorants und Kosmetika, die das Konservierungsmittel Paraben enthalten. Sie zieht damit die Konsequenz aus einer im ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=15265>

2.2.2004

Eltern schätzen Umwelt-Risiken falsch ein Eltern schätzen die Gesundheitsrisiken ihrer Kinder oft falsch ein. Am meisten unterschätzen Mütter und Väter die Faktoren Bewegungsmangel, Lärmbelastung, Allergieauslöser und Autoabgase, wie eine am Freitag veröffentlichte Studie ergeben hat. http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=294791.3218./politik/gesundheitssystem_uns

Konservierungsstoff in WC-Papier wirkt allergen Wer jahrelang nach dem Toilettengang feuchtes Toilettenpapier verwendet, bereitet damit den Weg für ein allergisches Kontaktekzem in der Perianalregion, Gesäßfalte und an den Händen. Ursache sind oft Konservierungstoffe in den Tüchern.

Jetzt ist auch das bisher als wenig bedenklich eingestufte Biozid Iodpropinylbutylcarbamat (IPBC) als potentielles Allergen entlarvt worden

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=294763,3218./medizin/allergien>

30.01.04

Röntgenstrahlung für Tausende Krebserkrankungen verantwortlich

Erkrankungen in Japan am häufigsten <http://www.presstext.de/pte.mc?pte=040130007>

Psychotherapeuten bekommen mehr Die 16 000 Psychotherapeuten können auf höhere Kassen-Honorare hoffen. Mit mehreren Urteilen verwarf das Bundessozialgericht in Kassel die Berechnungen des Bewertungsausschusses vom Februar 2000 als unangemessen und daher rechtswidrig.

http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=294618,3216./politik/gesundheitsystem_uns

Die Deutsche Krebsgesellschaft warnt vor Deo mit Paraben Die Deutsche Krebsgesellschaft (DKG) rät zum Verzicht auf Deodorants und Kosmetika mit dem Konservierungsmittel Paraben. Zwischen dem Konservierungsmittel und Brustkrebs könne es einen Zusammenhang geben.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=294532,3216./medizin/frauengesundheit>

29.01.2004

Migräne erhöht Schlaganfall-Risiko Attacken verursachen Schädigungen des Kleinhirns

<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=040128025>

25.1.2004

Non-Hodgkin-Lymphom durch häufiges Färben der Haare? NEW HAVEN. Eine bevölkerungsbasierte Fall-Kontroll-Studie im American Journal of Epidemiology (2004; 159: 148–154) kommt zu dem Ergebnis, dass häufiges Färben der Haare das Risiko erhöht, an einem ...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=15184>

23.01.2004

foodwatch kritisiert QS-Prüfzeichen fuer Lebensmittel Zur Internationalen Gruenen Woche in Berlin uebt foodwatch scharfe Kritik an dem QS-Prüfzeichen, das die Lebensmittelwirtschaft in Eigenregie organisiert. "Weder die Qualitaets- noch die Sicherheitsversprechungen koennen eingeloeset werden", bilanziert Matthias Wolfschmidt bei der Vorstellung des 40-seitigen QS-Reports von foodwatch. Nach aktuellen Recherchen von foodwatch sind auch bei Schlachthoefen, die QS-zertifiziert sind, fehlende BSE-Tests festgestellt worden. ... URL steht nicht mehr zur Verfuegung. (siehe auch unter NAHRUNG)

Oekolandbau fuer die Armen Einer der Mythen der Chemielobby heißt: "Gen-Landwirtschaft kann den Hunger besiegen." Dieser Mythos wurde jetzt gruendlich zerstoert. Der oekologische Landbau kann die Menschheit ernaehren. Das war die uebereinstimmende Meinung von Experten auf einer Tagung von Hilfswerken wie Misereor und Umweltverbaenden. Hauptsaechlich in den armen Laendern Afrikas oder in Indien, China und Indonesien koenne der Oekolandbau die soziale Situation verbessern. <http://www.sonnenseite.com>

"Pestizide sind jetzt wieder in aller Munde" GLOBAL 2000-Testreihe: Anteil der unbelasteten Proben unter 50 Prozent – Wieder Hoechstwertueberschreitungen bei spanischen Paprika. Ein Besorgnis erregendes Bild zeichnet die Bilanz der GLOBAL 2000-Pestizidtestreihe bei Obst und Gemuese fuer das Jahr 2003. "Der extrem trockene Sommer war erfreulicherweise sehr pestizidarm, doch ab Herbst hat die chemische Keule aber wieder voll zugeschlagen", beklagt GLOBAL 2000-Pestizidexpertin Katrin Sedy. "Gesundheits-gefaehrdende Pestizide sind jetzt wieder in aller Munde."

Frühdiaagnose des Alzheimerers mit PET PITTSBURGH. Ein Team amerikanischer und schwedischer Forscher hat einen Tracer entwickelt, der im Gehirn an Beta-Amyloid-Ablagerungen bindet. Damit wird es erstmals möglich, die Erkrankung bereits im ...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=15156>

20.01.2004

Mit Bio auf der sicheren Seite Pestizidrückstände in Obst und Gemüse: Vergleich Bio-Konventionell
<http://www.umweltinstitut.org/frames/all/m378.htm> Radioaktivitätsmesswerte in der Außenluft
<http://www.umweltinstitut.org/frames/all/m371.htm> Radioaktivitätsmesswerte von Lebensmitteln
<http://www.umweltinstitut.org/frames/all/m26.htm>

Abwehrkräfte: Singen stärkt die Immunabwehr Singen kann dem Immunsystem einen Schub geben. Die Zahl der Antikörper steigt nach 60-minütiger Sangesübung nachweisbar an, wie Frankfurter Wissenschaftler herausgefunden haben. Das bloße Zuhören bringt die körpereigene Abwehr hingegen nicht auf Trab. ... <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,druck-282605.00.html>

Anmerkung Scherrmann: der positive Effekt des Singens haengt mit Sicherheit auch damit zusammen, dass Singen eine ausgefeilte Atemtechnik verlangt, die den heutigen Menschen weitgehend abhanden gekommen ist, ausserdem ist Singen ein Tun, das den gesamten Menschen, seine kognitiven, seine emotionalen, seine koerperlichen und auch seine sozialen Faehigkeiten fordert und foerdert.

--

eco-info - der Newsletter des eco-Umweltinstituts: <http://www.eco-institut.de>

=====

NAHRUNG

woodwatch QS-Report (s. o.) <http://www.foodwatch.de/showpage.php?pagelid=393>

foodwatch QS-Kritik Kurzfassung (Pressemitteilung)

<http://www.foodwatch.de/showpage.php?pagelid=39>

Medien zu QS <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,281846,00.html>

<http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/12/0,1872,2098412,00.html>

http://www.ndr.de/tv/markt/archiv/20040126_4.html

foodwatch fordert Qualitätsdebatte (Interviews)

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,282816,00.html>

Dieser elektronische Newsletter wird kostenlos an Interessentinnen und Interessenten verschickt, die sich auf der foodwatch-Website eingetragen haben

Für Ab- oder Neubestellungen des Newsletter bitte hier klicken:

<http://www.foodwatch.de/showpage.php?pagelid=78>

=====

RADIOAKTIVITAET

Von Klaus Koch von "DAS BESSERE MÜLLKONZEPT" . Siek, 2004

Pressemitteilung. Giftige Fundamente: Besteht der Autobahn-Unterbau der A 20 aus Atommüll und Müllverbrennungsschlacke?

Ist einer der Gründe für ihren Bau nicht verkehrstechnischer, sondern entsorgungswirtschaftlicher Natur? Die Verwendung von Müllverbrennungsschlacken im Straßenbau ist gängige Praxis. Soll nun auch – mit den Erleichterungen durch die Änderungen der Strahlenschutz-Verordnung von 2001 im Rahmen des Atomausstiegs- „freigemessener“ Atomschrott in den Unterbau?

I. Für ein solches Vorgehen gibt es leider einige Hinweise.

Unter dem Titel „Atomkraftwerke zu Autobahnen“ berichtet Nora Luttmmer in der Netzeitung vom 4. Feb. 02 über den schon laufenden Abriss deutscher Kernkraftwerke und deren schwierige Entsorgung. Abgesehen von der ungelösten Problematik des Verbleibs des hochaktiven Atommülls sind auch Tonnen geringer verstrahlten Materials zu entsorgen:

- „Rund 90 Prozent des anfallenden Mülls werden die Strahlenexperten wohl als unbedenklich einstufen und freigeben. Dieser „jungfräuliche Schrott“, sagt Petra Uhlmann, Sprecherin des Energiekonzerns E.ON, soll in den üblichen wirtschaftlichen Kreislauf wandern: Stahl auf den Schrottplatz, Schutt in den Straßenbau. So hinterlassen alleine die fünf Meiler in Greifswald nicht weit von der polnischen Grenze 1,8 Millionen Tonnen Müll. 1,2 Millionen Tonnen davon sind Gebäudestrukturen. Ohne den strahlenden Kern hätte die Anlage an der Ostsee „auch einfach eine Marmeladenfabrik sein können“, erklärt Werksprecher Meurer, der sich für Mecklenburg-Vorpommern „eine riesige Autobahn“ wünscht: „Dann könnten wir den sauberen Abfall ins Fundament schütten.“ (1)

Könnte der Wunsch von Herrn Meurer in Erfüllung gegangen sein? Die A 20 – von Greifswald nach Stade oder aus den AKWs Greifswald und Stade? Und das Mittelstück Müllverbrennungsschlacke und Hafenschlick u.a. aus Hamburg?

Der Spiegel berichtete 1999 ebenfalls ausführlich über die Demontage des stillgelegten AKW Greifswald. Unter dem Titel „Strahlende Kathedrale“ schrieb Gerd Rosenkranz detailliert über diese komplexe Operation. Ein Bild trägt den Untertitel: „.....Schrottplatz am AKW Greifswald: Füllstoff für den Autobahnbau.“ Weiter im Text heißt es:

„1,8 Millionen Tonnen Stahl, Beton und sonstige Abfälle werden am Atomstandort an der Ostsee anfallen. Zwei Drittel des Abriss-Materials gelten als gewöhnlicher Müll, der nie mit Strahlung in Berührung gekommen ist. Beton beispielsweise wird zerkleinert und anschließend wiederverwendet – etwa als Fundament –Füllstoff beim Autobahnbau.“ Das wäre ja noch eventuell akzeptabel, aber der Artikel fährt fort:

- „Rund 580 000 Tonnen sind entweder radioaktiv belastet oder müssen auf Strahlung untersucht werden („Verdachtsmaterial“). Auch von diesen immer noch gigantischen Massen hoffen die EWN-Manager am Ende den Löwenanteil (470 000 Tonnen) „freimessen“ und in den normalen Stoffkreislauf zurückführen zu können. Im Atomendlager, so haben Rittscher und seine Leute errechnet, sollen schließlich nur 16 500 Tonnen Strahlenmüll ihre letzte Ruhestätte finden – kaum ein Prozent der Gesamttonnage.“ Je mehr Schrott unter die Grenzwerte gedrückt werden kann, desto billiger natürlich die Entsorgung. Deshalb ist Putzen angesagt:

-„Gegen Kontamination hilft vor allem eins: putzen, putzen und nochmals putzen. Denn je mehr Bauteile die Reinigungsbrigaden unter die radioaktiven Freigrenzen drücken, umso weniger muss zwischen- und später endgelagert werden – das hilft, beträchtliche Kosten zu sparen.

Also wienern Wischtrupps, mit Lappen und Eimern bewaffnet, belastete Oberflächen blank. Rohrleitungen, Pumpen und andere Bauteile des Kühlkreislaufs werden mit chemischen Reinigungscocktails abgelaut, mit Hochdruckdüsen abgespritzt, in Säurebädern gebeizt oder elektrolytisch poliert.“ ... (2)

Seit wann darf Atommüll – sei er noch so niedrig strahlend und unter den „Grenzwerten“ – überhaupt einfach so in der Landschaft verteilt werden? Antwort darauf gibt der Artikel „Atommüll darf in die Umwelt freigesetzt werden“ von Thomas Deersee. Er beleuchtet die neue Strahlenschutzverordnung von 2001 sehr kritisch. Erstmals sei die Freigabe von radioaktiven Abfällen zur Freisetzung und freien Weiterverwertung im großen Stil bundesweit möglich. Dafür wurden zwar Grenzwerte festgelegt, aber:

- „Zwar besteht formal ein Verbot, die Voraussetzungen für die Freigabe „zielgerichtet durch Vermischen und Verdünnen“ herbeizuführen, grundsätzlich dürfen jetzt jedoch beliebige Radioaktivitätsmengen in die Umwelt und den Wirtschaftskreislauf freigesetzt und weiterverwertet werden, wenn nur die vorgegebenen Konzentrationswerte in Becquerel pro Gramm und Oberflächenkontaminationen in Becquerel pro Quadratcentimeter eingehalten werden. Dies ist die wirtschaftlich liberalste und gesundheitlich gefährlichste Möglichkeit. Die Alternative hätte in Übereinstimmung mit dem EU-Recht darin bestanden, die Beseitigung oder Wiederverwertung einer Behörde zu unterstellen, die für eine mengenmäßige Begrenzung gesorgt hätte.“ (3)

Laut Thomas Deersee ist auch die zulässige Strahlenbelastung für die Bürger nebenher erhöht worden . Diese komplexen Regulationen der neuen Strahlenschutzverordnung seien kaum zu durchschauen und werden in seinem Artikel eingehend erläutert.

All diese Hinweise und Vorwürfe – die wir als Umweltverband hier weder bestätigen noch widerlegen können, sollten weiter öffentlich recherchiert sowie dringend unter Hinzuziehung von Fachleuten diskutiert werden. Strahlenschäden summieren sich im Körper und sind kaum reparabel; somit kann auch aus vielen kleinen, „untergrenzwertigen“ Dosen durchaus ein Problem werden! Dabei sehen wir nicht eine direkte Gefährdung der Bevölkerung, sofern die Grenzwerte eingehalten werden, sondern eher eine langfristige Gefährdung durch Desintegration der Bausubstanz, Auslaugung und Permeation in Boden, Oberflächen- und Grundwasser. Die Frage – was hält länger- die Autobahn oder die Strahlenbelastung - ist hier entscheidend.

Kommende Generationen dürften unserer Meinung nach mit dieser und weiteren Altlasten dieser Art noch lange ihre Freude haben! Und vor allem- so schön fein verteilt und kaum rückholbar!

II. Atomschrott hin oder her – in jedem Falle ist mit einer Verwendung von Müllverbrennungsschlacken zu rechnen. Dies ist im Straßenbau gängige Praxis und wird als „Liniendeponie“ bezeichnet. Liniendeponien gelten für viele Fachleute als problematisch. Auch der Umweltminister des Landes Schleswig-Holstein, Klaus Müller, sieht die Liniendeponie in seiner Rede „Perspektiven einer zukunftsfähigen Abfallwirtschaft in Schleswig-Holstein“ zum 16. WZV-Abfallforum kritisch:

- „(1) Da ist die Schlacke aus den Müllverbrennungsanlagen. Ich weiß wohl, Verwerten geht vor Beseitigung und Schlacke hat heute seinen Absatzmarkt. Dazu bin ich aber der Meinung, dass die konzentrierte Ablagerung von Müllverbrennungsschlacke minderer Qualität auf einer überwachten Deponie letztendlich zukunftsfähiger ist, als dieses Material im Straßenbau zu verwenden (Liniendeponie). Zwar gilt ein solches Vorgehen als Ressourcenschonung – ich sagte es eben schon. Aber das langfristige Auslaugverhalten unter schadhafte Straßenbelägen und die Überwachung der neuerlichen Aufbereitung bei späteren Straßenbauarbeiten führen schnell zu einer nicht kontrollierten und nicht kontrollierbaren Verteilung belasteter Abfälle in unserer Landschaft.“ (4)

Um hier nur eine kritische Studie von vielen zu erwähnen, „Müllverbrennung und Gesundheit“ von Michelle Allsopp, Pat Costner und Paul Johnston :

- „Die Verwertung der Schlacke als Baumaterial reduziert die Entsorgungskosten. Die Tatsache, dass die in den Schlacken enthaltenen Schadstoffe wie persistente Chemikalien und Schwermetalle mit der Zeit ausgelaugt und in die Umwelt freigesetzt werden, lässt diese Form der Wiederverwertung jedoch höchst problematisch erscheinen.“ (5) Diese Studie sei zu einer ersten Orientierung und weiterer Recherche empfohlen, da sie viele weitere Quellen enthält.

Zusammenfassung Streifendeponie

- problematische Kontrolle / Überwachung des Stoffeintrags
- Problematik der langfristigen Auslaugung von Schwermetallen und anderen Schadstoffen, mögliche Beeinträchtigung des Bodens und des Oberflächen- und Grundwassers
- diese Probleme noch verstärkt im Falle späterer Umbaumaßnahmen
- bei eingetretener Belastung der Umwelt schwierigere Überwachung als bei einer Deponie durch die große Ausdehnung
- spätere Rückholung giftigen Materials kaum möglich
- weite Verteilung von Schadstoffen in der Landschaft hindert epidemiologische Studien – keine „lästigen“ auffälligen Häufungen von Krebsfällen o.ä., alles gleichmäßig belastet

Unser Fazit:

Im Falle der A 20 ist dringend zu klären, ob hier eine langgestreckte Mülldeponie vorgesehen ist! Falls dem so ist, ist dies in der Umweltverträglichkeitsprüfung u.ä. besonders gründlich zu berücksichtigen, da der Schleswig-Holsteinische Teil der A 20 in weiten Bereichen durch Gegenden mit moorigem, feuchtem Charakter und sogar Marschland führt. Zweitens gilt es, die entsorgungswirtschaftlichen Belange zu diskutieren. Werden hier Entsorgungskosten auf den Steuerzahler abgewälzt?

Eine weitere wichtige Frage bleibt zu beantworten: warum wird dieser Verkehrstechnisch eher unbedeutende Abschnitt der A 20 politisch so „gepuscht“? Warum wurde der schon aufgegebene A 20-Abschnitt Plötzlich zum vordringlichen Bedarf erklärt? - Wer will die A 20 wirklich?

Quellen:

1. Nora Luttmmer, „Von Atomkraftwerken zu Autobahnen“, Netzeitung, 4.2. 02
<http://www.netzeitung.de/deutschland/176642.html>
2. Gerd Rosenkranz, „Strahlende Kathedrale“, Der Spiegel 46/1999, S.280-285
<http://www.spiegel.de> , Artikel im Archiv suchen (dort gelistet unter „Atomenergie: Der Abriss in Greifswald“), über Firstgate online
3. Thomas Deerse, „Atommüll darf in die Umwelt freigesetzt werden“, Strahlentelex Nr. 342-343, 5.4. 01 sowie IPPNW-Forum 69-70 - <http://www.ippnw.de/>
4. Klaus Müller, „Perspektiven einer zukunftsfähigen Abfallwirtschaft in Schleswig-Holstein“, Eröffnungsreferat des Ministers für Umwelt, Natur und Forsten des Landes Schleswig-Holstein, 16. WZV- Abfallforum, Bad Segeberg, 4.5. 00
5. Michelle Allsopp, Pat Costner, Paul Johnston, „Müllverbrennung und Gesundheit“, Greenpeace Forschungslabors, Universität Exeter, England 2001
<http://www.greenpeace.at/>

Zu allen Quellen: eigene Recherchen

VISDP: Klaus Koch / Pressesprecher Öffentlichkeitsarbeit für den *Umweltverband` DAS BESSERE MÜLLKONZEPT*, Bundesverband Deutschland e.V. **Geschäftsstelle LV S-H e.V.:** 22962 Siek, Hansdorfer Weg 10, Tel: 04107 – 74 73 e-Mail: muellkonzept-sh@t-online.de unsere Homepage: www.umwelt.schleswig-holstein.de/?13241

RECHT

LSG NRW, Urteil vom 17.12.2003 - L 10 SB 20/03:

Für den Nachteilsausgleich "aG" sind große körperliche Anstrengungen bei der Fortbewegung erforderlich. Gehört der Behinderte nicht zu dem in den straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften ausdrücklich benannten Personenkreis, muss seine körperliche Anstrengung ebenso groß sein wie die, die diese Personen aufwenden. Der Nachweis dafür ist erbracht, wenn sich aufgrund gutachtlicher Feststellungen ergibt, dass bei einer maximal möglichen Gehstrecke von 36 Metern zwei Stehpausen von 15 Sekunden und sodann eine längere Pause infolge erkennbarer körperlicher Erschöpfung erforderlich sind. Die Erschöpfung wird dadurch hinreichend dokumentiert, dass während der Pausen ein verstärktes Schwitzen auftritt und sich die Pulsfrequenz bei einem Ruhepuls von 92/Minuten auf 144/Minute erhöht (Abschluss des Rechtsstreits B 9 SB 7/01 R BSG).

LSG NRW, Urteil vom 20.11.2003 - L 7 SB 73/03:

Kann sich der Behinderte unter Zuhilfenahme von Unterarmgehstützen oder eines Rollator in ausreichendem Maße - hier über 200 m - fortbewegen, spricht dies gegen dessen Begehren, den Nachteilsausgleich "aG" festzustellen.

LSG NRW, Urteil vom 12.11.2003 - L 10 SB 113/02:

Der Nachteilsausgleich "RF" wegen (auf psychovegetativer Tetanie, Neigung zur Unterzuckerung und hypotoner Kreislaufdisregulation beruhenden) Ohnmachtsanfällen ist zumindest dann zu versagen, wenn der Behinderte durch die Einnahme von Medikamenten (Traubenzucker, Kalzium, Medikamente zur

Kreislaufregulierung) sowie von Zwischenmahlzeiten den Anfällen vorbeugen kann. Auch eine ständig tropfende Nase steht einer Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen dann nicht entgegen, wenn diese medikamentös bzw. operativ therapierbar ist. Darüber hinaus hindert auch eine laufende Nase, häufiges Naseputzen oder ein Tropfenfänger nicht ständig an der Teilnahme öffentlicher Veranstaltungen. Ein derartiger Zustand bzw. derartige Maßnahmen sind den übrigen Teilnehmern öffentlicher Veranstaltungen zumutbar.

SG, Urteil vom 18.09.2003 - B 9 V 12/01 R:

Bei der Berechnung der erhöhten Pflegezulage (§ 35 Abs. 2 BVG) sind Lohnkosten für eine entsprechend den zu verrichtenden Tätigkeiten qualifizierte Hilfskraft zu Grunde zulegen. Wenn wegen spezifischer Defizite des Beschädigten im Bereich der Kommunikation eine Pflegekraft mit erhöhter Selbstständigkeit und Verantwortlichkeit tätig werden muss, ist der Ansatz eines Arbeitsentgelts für die Pflegekraft nach der Vergütungsgruppe 7 der Anlage 2 der Richtlinien für Arbeitsverträge in den Einrichtungen des Deutschen Caritasverbandes zutreffend.

BSG, Urteil vom 18.09.2003 - B 9 V 10/02 R:

Die Beihilfe zu Aufwendungen für fremde Führung (Führzulage) und der Pauschbetrag für außergewöhnlichen Verschleiß an Kleidung oder Wäsche

(Kleiderverschleißpauschale) sind auf die von der Versorgungsverwaltung nach dem BVG übernommenen Kosten der Heimpflege des Beschädigten anzurechnen. Der Lebensunterhalt des Beschädigten ist grundsätzlich durch die Heimpflege

sichergestellt; für alle verbleibenden Bedürfnisse wird pauschal ein nicht unerheblicher Betrag belassen (vorgehend mehrere Urteile des LSG NRW, s. z.B. Urteil vom 16.05.2002 - L 7 V 27/01 LSG NW -).

Unter <http://www.anhaltspunkte.de> kann nunmehr die neue CD "Schwerbehindertengesetz, Erwerbsminderungsrenten, Pflegestufen, gesetzliche und private Unfallversicherung, Krankenversicherung" - Kommentare von Martin Schillings und Günter Hausmann, beide Richter am SG Düsseldorf, unter Mitarbeit von Marianne Schörnig, Rechtsanwältin in Düsseldorf, Dr. med Gerd-Josef Schillings, Dr. med Gieretz, und von Ulrich Wendler, Richter am Landessozialgericht, Version 4.5 Dezember 2003, zum Preis von 57,88 Euro inkl. Porto und MwSt (bei Abschluss eines jederzeit fristlos kündbaren Abos der CD, mit halbjährlichen Updates/Updatepreis 23,08 Euro inkl. Porto und MwSt reduziert sich der Kaufpreis der CD auf 28,88 Euro inkl. Porto und

MwSt) bezogen werden. Herausgeber ist der Sozialmedizinischer Verlag Karen Schillings, Spessartstr. 15, 41239 Mönchengladbach, Tel./Fax.: 02166-619975

=====

RECHT –EU

Von CBG: Presseerklärung vom 3. Februar 2004

Belgien lehnt Antrag von Bayer CropScience ab. EU-weiter Anbau von Gen-Raps gestoppt

Europas Äcker bleiben vorerst frei von Gen-Raps. Die belgische Regierung entschied am Montag gegen einen Antrag der deutschen Bayer CropScience, genmanipulierten Raps anbauen zu dürfen. Hätten die Minister in der belgischen Hauptstadt Ja gesagt, hätte einer EU-weiten Genehmigung nichts mehr im Wege gestanden.

Bayer CropScience wollte in einem EU-Land eine Genehmigung erlangen, um ihren Gen-Raps im Freiland anbauen zu können. Dabei sollte die Genehmigung zum Wohle des Pharmariesen mit dem Zusatz "EU-weit" versehen sein. Dem hat die belgische Regierung aber erst einmal einen Riegel vorgeschoben. Brüssel bezieht sich dabei auf Forschungsergebnisse, die gezeigt haben, dass Gen-Raps die Umwelt schädigt. Sowohl EU- als auch belgische Gesetze fordern aber den Schutz der Umwelt.

"Das ist ein Sieg für die Umwelt und die Vernunft", freut sich Ulrike Brendel, Gentechnik-Expertin bei Greenpeace. "Die belgische Regierung hat erkannt, dass der Anbau von Gen-Raps eine Gefahr für die Umwelt darstellt und entsprechend gehandelt."

"Die Entscheidung der belgischen Regierung setzt die deutsche Landwirtschaftsministerin Renate Künast unter Zugzwang. In Deutschland liegen zwei weitere Anträge von Bayer auf den Anbau von genmanipuliertem Raps vor. Diese muss Künast ablehnen", sagt Brendel.

Schon am vergangenen Donnerstag hatte das Beratergremium der belgischen Regierung in Gentechnikfragen vor den Umweltgefahren gewarnt. Es folgte damit den Erkenntnissen, die in

Großbritannien in großangelegten Feldstudien gewonnen worden waren. Dort zog man den Schluss, dass der Gen-Raps-Anbau schlimmere Auswirkungen auf wild wachsende Pflanzen und Tiere habe, als der Anbau von herkömmlichen Raps. Weitere britische Untersuchungen haben gezeigt, dass der Pollen des Gen-Raps von Insekten Kilometer weit mitgeschleppt werden kann. Besonders Bienen kommen dafür in Frage. Wie man Gentechnik-freie Rapsfelder davor schützen soll, ist völlig unklar.

Die belgische Entscheidung sei auch richtungsweisend für die aktuelle Diskussion über ein Gentechnik-Gesetz in Deutschland, merkt Brendel an. "Der von Künast dazu vorgelegte Entwurf berücksichtigt das Problem der Ausbreitung von Gen-Pflanzen nicht ausreichend. Setzt die grüne Ministerin ein solches Gesetz durch, gefährdet sie die konventionelle und ökologische Landwirtschaft."
Autor: Greenpeace e.V. und Coordination gegen BAYER-Gefahren , CBGnetwork@aol.com
www.CBGnetwork.de

RECHT -USA

Von Coordination gegen BAYER-Gefahren : Presseerklärung vom 28. Januar 2004
wegen friedlicher Proteste gegen Dow Chemicals. USA: PROZESS GEGEN UMWELTAKTIVISTIN

Die texanische Fischerin Diane Wilson steht ab heute wegen friedlicher Proteste gegen das Unternehmen Dow Chemicals vor Gericht. Am 26. August 2002 hatte die international bekannte Umweltaktivistin einen 30m hohen Kühlturm des Dow Chemical-Werks in Seadrift/Texas bestiegen und ein Transparent mit der Aufschrift "Dow - Verantwortlich für Bhopal" entrollt. Zuvor war Wilson aus Protest gegen die Geschäftspolitik der Firma in einen 30tägigen Hungerstreik getreten. Ihr droht eine Gefängnisstrafe von bis zu sechs Monaten.

"Ich protestierte dagegen, dass sich die Verantwortlichen der Katastrophe von Bhopal seit zwanzig Jahren weigern, vor indischen Gerichten zu erscheinen, wo sie sich für den Tod von mehr als 20.000 Menschen verantworten müssen", so Diane Wilson. "Die Firma Union Carbide, die heute zu Dow gehört, entzieht sich bis heute ihrer Verantwortung. Ich hingegen habe nie jemandem etwas zu Leide getan und stehe heute vor Gericht. Firmen wie Dow verhöhnen Recht und Gesetz: Wenn es ihnen passt, rufen sie nach dem Gesetz; wenn nicht, dann ignorieren sie es." Im Dezember 1984 waren 27 Tonnen giftige Gase aus Union Carbides Fabrik in Bhopal ausgetreten. Tausende starben in der selben Nacht, rund eine halbe Million Menschen erlitt Gesundheitsschäden. Noch heute führen die damals ausgetretenen Gifte zu Missbildungen bei Neugeborenen und anderen Gesundheitsschäden. Im Februar 2001 war Union Carbide von Dow Chemicals übernommen worden.

"In solchen Fällen habe ich als Bürgerin nicht nur das Recht, sondern die Pflicht zu protestieren", so Diane Wilson weiter. Für den Fall ihrer Inhaftierung kündigt sie einen unbefristeten Hungerstreik an. Die Coordination gegen BAYER-Gefahren, die seit 25 Jahren auf die Risiken chemischer Anlagen hinweist, kooperiert seit Jahren mit Diane Wilson. Der Verein setzt sich für eine Entschädigung der Opfer von Bhopal und für juristische Schritte gegen die Verantwortlichen ein. In Schreiben an die texanischen Justizbehörden forderte der Verein die sofortige Einstellung des Verfahrens gegen Diane Wilson sowie Aufnahme von Ermittlungen gegen Dow Chemicals.

In Indien ist seit 1991 ein Strafverfahren gegen Union Carbide und seinen ehemaligen Vorstandsvorsitzenden Warren Anderson anhängig. Trotz eines internationalen Haftbefehls und eines Auslieferungsantrags der indischen Regierung weigert sich die Firma, vor Gericht zu erscheinen. Der US-Kongressabgeordnete Frank Pallone kritisiert: "Es ist empörend, dass die beteiligten Firmen kurz vor dem 20. Jahrestag dieser Tragödie noch immer nicht die volle Verantwortung übernehmen wollen. Es ist nicht hinnehmbar, dass sich amerikanische Unternehmen im Ausland der Strafbarkeit entziehen."

Coordination gegen BAYER-Gefahren , CBGnetwork@aol.com www.CBGnetwork.de

CBG: Pressemitteilung vom 25. Februar 2004 Chemische Industrie unterwandert US-Umweltbehörde / US-Umweltinitiativen reichen Klage ein / Bush Regierung duldet illegale Lobbyarbeit / BAYER und BASF treibende Kräfte

Der US-Umweltverband Earth Justice reicht Klage gegen die amerikanische Umweltbehörde Environmental Protection Agency (EPA) ein. Die EPA hatte über Jahre hinweg illegale Absprachen mit der Chemie-Industrie bezüglich der Zulassung neuer Pestizide getroffen. Zu den vierzehn beteiligten Unternehmen gehören auch die deutschen Firmen BAYER und BASF.

Philipp Mimkes von der Coordination gegen BAYER-Gefahren: "Es ist nicht hinzunehmen, dass der Schutz von Mensch und Umwelt zugunsten der Profitinteressen weniger Konzerne ausgehebelt wird. Kein Pestizid darf auf Wunsch der Industrie ohne gründliche Prüfung zugelassen werden."

Earth Justice hatte im Januar im Rahmen einer Akteneinsicht Protokolle der geheimen Treffen erhalten. Ziel der Chemie-Lobbyisten war demnach, die amerikanischen Gesetze zum Schutz bedrohter Arten aufzuweichen. Insbesondere soll die Beteiligung der Naturschutzbehörde US Fish and Wildlife Service an den Zulassungsverfahren für neue Pestizide beendet werden. Bislang untersuchen Experten der Behörde routinemäßig die möglichen Risiken neuer Wirkstoffe für Fische und wildlebende Tiere. Obwohl die EPA keine eigenen Experten zur Begutachtung des Risikos für die Fauna besitzt, hatte sie sich in der Vergangenheit mehrfach über das Votum des Fish and Wildlife Service hinweggesetzt. Die EPA hatte Ende Januar angekündigt, die Zulassungsverfahren in Kürze zu vereinfachen.

Patti Goldman, Anwältin von Earth Justice: "Die geheimen Treffen der Chemie-Lobby mit Vertretern der EPA verstoßen gegen den Federal Advisory Committee Act, wonach staatliche Behörden die Zusammenarbeit mit Dritten offenlegen müssen. Die Bush-Regierung gewährt den Pestizidherstellern einen illegalen Insider-Status, worunter langfristig der Schutz bedrohter Arten leidet." Die Klage wird unterstützt von den Umweltverbänden Natural Resources Defense Council, Defenders of Wildlife und Washington Toxics Coalition.

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren setzt sich für flächendeckenden organischen Landbau ein. BAYER ist weltweit zweitgrößter Hersteller von Pestiziden. Erst im Dezember war bekannt geworden, dass sich der Konzern in den USA an einer Geheimkampagne zur Verhinderung einer verbesserten Chemikaliensicherheit beteiligt.

Gerne senden wir ausführliche Informationen sowie die vollständige Klageschrift zu :
Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V. , CBGnetwork@aol.com www.CBGnetwork.de

=====

TERMINE

4. Umweltmedizinische Tagung Würzburg 7. – 9. Mai 2004

Deutscher Berufsverband der Umweltmediziner e.V.

Interdisziplinäre Gesellschaft für Umweltmedizin e.V.

Ökologischer Ärztenbund e.V.

Deutsche Gesellschaft für Umwelt- und Humantoxikologie e.V.

Residenzgaststätten der fürstbischöflichen Residenz, Residenzplatz 1, 97070 Würzburg

Vorläufiges Programm über info@safer.-world.org

3. Rheinland-Pfälzisch-Hessisches Mobilfunksymposium

„Wissenschaft im Widerstreit“ **Samstag, 12. Juni 2004, 9.30 Uhr – 18.00 Uhr, Erbacher Hof, Grebenstr. 24-26, 55116 Mainz**

Anmeldung und weitere Informationen:

BUND Rheinland-Pfalz Landesgeschäftsstelle

Katia Neubauer (Organisation), E-mail: mobilfunksymposium@bund-rlp.de

POLITIK - BEHOERDEN

BUNDESRAT

Recht/Gesetzentwurf BUNDESRAT: BETREUUNGSRECHT IM INTERESSE DER BETROFFENEN ÄNDERN

Berlin: (hib/BOB) Der Bundesrat weist darauf hin, die Kosten der Länder für das Betreuungsverfahren seien überproportional zur Entwicklung der Betreuungsfälle "explosionsartig" gestiegen. Eine entsprechende Verbesserung der Situation der Betroffenen stehe dem nicht gegenüber.

Aus diesem Grunde hat die Länderkammer einen Gesetzentwurf zur Änderung des Betreuungsrechts (15/2494) eingebracht. Auch der erhebliche Verfahrensaufwand für die Erstellung und Prüfung der Vergütungsabrechnungen der Berufsbetreuer verbräuche wertvolle personelle und finanzielle Ressourcen, ohne dass dies den betroffenen Menschen zugute komme.

Betroffene und ihre Familien seien im hohen Maße dadurch beeinträchtigt, dass ein erhebliches bürokratisches Verfahren notwendig sei, um im Regelfall einen nahen Angehörigen zum Betreuer zu bestellen.

Viele Betroffene setzten Betreuung nach wie vor mit Bevormundung gleich. Der Entwurf diene dazu, die aufgezeigten Missstände zu beseitigen. Dazu sei es notwendig, den bürokratischen Aufwand auf das Notwendige zu minimieren und das Vergütungsrecht zu reformieren.

Im Wesentlichen sei daran gedacht, die Vorsorgevollmacht als private Regelung zu stärken und eine gesetzliche Vertretungsmacht, insbesondere für Ehegatten, einzuführen. Der Vorrang des freien Willens eines jeden Menschen als Ausdruck seiner Würde und seines Selbstbestimmungsrechts werde klargestellt und das Prinzip der Rehabilitation konkretisiert.

Die Vergütung von Berufsbetreuern werde schließlich pauschaliert. Für Bund, Länder und die Kommunen fielen keine Kosten an. Vielmehr komme es zu einer Entlastung der Länder und der Kommunen. Der Bundesrat weist darauf hin, der vorliegende Gesetzentwurf diene einer Umsetzung der Empfehlungen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Betreuungsrecht", die die 72.

Justizministerkonferenz im Juni 2001 eingerichtet und die im Juni 2003 ihren Abschlussbericht vorgelegt hatte.

Die Bundesregierung erklärt, sie begrüße die Zielrichtung des Entwurfs, die vorhandenen Instrumente zur Betreuungsvermeidung zu stärken. Ebenso teile sie die Auffassung, die angestrebte Entbürokratisierung des Betreuungswesens in Angriff zu nehmen, bei der vor allem die Pauschalierung der Vergütung und des Aufwendersatzes der Berufsbetreuer als ein geeignetes Mittel erscheine.

Gegen einzelne Vorschläge des Entwurfes habe die Regierung jedoch "grundsätzliche Bedenken". Das betreffe die Einführung einer gesetzlichen Vertretungsmacht für Ehegatten und Lebenspartner im Bereich der Vermögenssorge sowie die gerichtliche Genehmigung bei der zwangsweisen Zuführung zur ärztlichen Heilbehandlung.

Bedenken bestünden auch insoweit, als der Entwurf vorsehe, die Einholung eines eigenen Gutachtens über die Betreuungsbedürftigkeit in das Ermessen des Vormundschaftsgerichts zu stellen und stattdessen in anderen behördlichen oder gerichtlichen Verfahren erstellte Gutachten zu verwerfen.

Berlin, 2004-02-11

Zappelphilipp-Syndrom durch Rauchen in der Schwangerschaft. Studie belegt psychische Folgen für die Kinder

Rauchende Mütter können ihre Kinder in der Schwangerschaft auch psychisch schädigen. Ihre Kinder entwickeln viermal so häufig das Zappelphilipp-Syndrom wie die von nichtrauchenden Frauen. Zu diesem Ergebnis kommt eine vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Studie, die am Mittwoch in Berlin bekannt wurde. Sie wurde erstellt vom Suchtforschungsverbund Baden Württemberg, den das BMBF mit drei Millionen Euro fördert.

Die Studie der Mannheimer Wissenschaftler Professor Martin Schmidt und Dr. Manfred Laucht belegt, dass Kinder rauchender Mütter bis zu vier mal häufiger Verhaltensauffälligkeiten wie Unaufmerksamkeit, Impulsivität und Hyperaktivität, - drei Leitsymptome des Zappelphilipp-Syndroms -, zeigen. Hinzu kommt, dass die Kinder einen niedrigeren Intelligenzquotienten haben. Die Daten der Studie wurden im Rahmen einer Mannheimer Längsschnittstudie erhoben, in der 362 Kinder von der Geburt bis zur späten Kindheit in ihrer Entwicklung begleitet wurden.

Das BMBF misst der Forschung zur Sucht eine hohe Bedeutung bei. Seit 2001 werden vier Forschungsverbünde (Baden-Württemberg, Bayern/Dresden, Nord-Ost und Nordrhein-Westfalen) in denen sich regional Forschungs- und Versorgungseinrichtungen zusammengeschlossen haben, mit insgesamt neun Millionen Euro gefördert. So sollen Abhängige besser behandelt, Rückfälle vermieden sowie Früherkennung und Prävention verbessert werden.

Zum Thema Sucht hat das BMBF auch eine neue Broschüre veröffentlicht. Sie zeigt, wie Nikotin, Alkohol und weitere Drogen auf den Körper und die Psyche der Menschen wirken. Außerdem werden gesellschaftliche Faktoren und biologische Prozesse bei der Entwicklung von Suchtverhalten geschildert. Die neue BMBF-Broschüre "Verstehen, Helfen, Vorbeugen - Suchtforschung auf neuen Wegen" stellt den aktuellen Stand der Forschung dar, beschreibt Therapieverfahren und zeigt Präventionsansätze auf.

Die Broschüre kann kostenlos beim BMBF unter books@bmbf.bund.de <<mailto:books@bmbf.bund.de>> bestellt werden.

=====

Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz

Müller: **Gasschnüffeln- Vorsicht vor dieser tödlichen Gefahr** Kinder und Jugendliche müssen eindringlich über die Gefahren des Gasschnüffeln informiert werden. "Schon wenige Atemzüge Gas können tödlich wirken; auch schon beim Erstgebrauch. Die jugendlichen Schnüffler suchen den Rausch und finden den Tod", warnte heute Gesundheitsstaatssekretärin Emilia Müller angesichts des letzten Todesfalles eines 18-jährigen. Müller riet den Eltern, auf Anzeichen wie einen hohen Verbrauch von Feuerzeuggas, Spraydosen oder Campinggasflaschen zu achten, die offensichtlich nicht für den vorgesehenen Zweck eingesetzt werden. Wie bei Drogenkonsum auch, können starke Veränderungen im Wesen, im Kontakt- und Freizeitverhalten auf Suchtgefährdungen hindeuten.

Das Schnüffeln von narkotisch wirksamen leichtflüchtigen Stoffen, Dämpfen oder Gasen zur Rauscherzielung ist nicht neu. "Schnüffeln ist wegen der leichten Zugänglichkeit der Suchtstoffe bisher bekannt als "Sucht der Straßenkinder"; in Deutschland dagegen kein weit verbreitetes Suchtverhalten mit allerdings schnell tödlichem Ausgang", erläuterte Müller. Im Gegensatz zu den bekannten Rauschmitteln, wie Heroin, Kokain, oder Cannabis, sind die beim Schnüffeln verwendeten Substanzen überall im Alltag präsent und werden nicht als potenzielle Rauschmittel erkannt. Suchtstoffe sind Lösemittel z. B. aus Klebstoffen und wohl zunehmend Gase für technische Zwecke. Hierzu zählen das Camping- oder Feuerzeuggas Butan und das unter dem Namen "Lachgas" bekannte Distickstoffoxid, das in den Kartuschen zum Aufschäumen von Sahne enthalten ist.

Diese Substanzen wirken auf das zentrale Nervensystem. Einerseits dämpfend und entspannend, führen sie häufig über eine Zwischenphase körperlicher Abwehrreaktionen wie Übelkeit letztendlich

zur gewünschten Hochstimmung. Aber hierdurch können auch Langzeitschäden an Leber, Nieren und Gehirn und starke Persönlichkeitsveränderungen entstehen. Das akute Gefahrenpotenzial darf nicht unterschätzt werden. Durch das Einatmen der Gase reichern sich diese in der Lunge an. Dadurch kann das Gehirn nicht mehr ausreichend mit Sauerstoff versorgt werden. In der Folge können Atemstörungen und Bewusstlosigkeit mit Todesfolge eintreten.

=====

UBA – UMWELTBUNDESAMT

11.02.04 "Blauer Engel" für Kopierer, Drucker und Multifunktionsgeräte Umweltzeichen mit höheren Anforderungen für gesündere Raumluf

Emissionen aus elektronischen Geräten sind nicht immer unbedenklich. Zum Beispiel setzen Drucker und Kopierer organische Stoffe in unterschiedlichen Mengen frei, manche Geräte bilden auch Ozon. Dadurch kann sich die Luft in schlecht belüfteten Räumen mit unerwünschten Stoffen anreichern - das kann das Wohlbefinden beeinträchtigen. Doch ungesunde Luft in Büros muss nicht sein: Für besonders emissionsarme Geräte gibt es das Umweltzeichen "Blauer Engel". Seit Herbst 2003 gelten neue Messbedingungen und Höchstkonzentrationen für flüchtige organische Stoffe sowie Staub und Ozon. Nur solche Geräte erhalten das Umweltzeichen, die im Einsatz nachweislich die zulässigen Prüfwerte einhalten oder unterschreiten. Eine Übersicht gibt es im Internet unter der Adresse <http://www.blauer-engel.de>. Alle Vergabegrundlagen für Produkte mit dem Blauen Engel werden regelmäßig aktualisiert und nach neuen Erkenntnissen verbessert. Dies gilt auch für Drucker und Kopierer. Sie müssen seit Januar 2004 höhere Anforderungen erfüllen, wenn sie das Umweltzeichen tragen sollen. Für Multifunktionsgeräte - Geräte, die drucken, kopieren oder auch faxen können - kann der Blaue Engel seit Herbst 2003 vergeben werden. Erste Produkte sind bereits im Handel. Die ausgezeichneten Geräte verbrauchen im Leerlauf weniger Strom als bisher und arbeiten leiser. Ein weiteres wesentliches Kriterium für die Vergabe des Blauen Engels ist die Einhaltung so genannter Emissionsraten. Während bisher die Konzentrationen für Staub, Ozon und Styrol nach einer bestimmten Betriebszeit der Geräte zu messen und zu bewerten waren, ist nun auch die mögliche Freisetzung von Benzol zu prüfen und die Summe der flüchtigen organischen Stoffe zu bestimmen.

Für diese Messungen hat die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) ein neues Prüfverfahren auf der Basis europäischer Normen entwickelt und unter Mitwirkung weiterer Messinstitute und Gerätehersteller erprobt. Die Emissionsraten werden beim Betrieb des jeweiligen Gerätes in speziellen Messkammern ermittelt und bewertet.

Nachzuweisen sind die Unterschreitung oder die Einhaltung maximal zulässiger Prüfwerte. So können Anwenderinnen und Anwender davon ausgehen, dass diese Geräte wenig flüchtige organische Substanzen freisetzen ? insbesondere kein Benzol und auch nur kleinste Mengen an Staub und Ozon. Das trägt zu einer gesunden Raumluf und zum Umweltschutz bei.

Die Studie "Entwicklung einer Prüfmethode und Untersuchungen zur Begrenzung von Emissionen aus Druckern und Kopiergeräten im Rahmen der Umweltzeichenvergabe" ist in der Reihe TEXTE des Umweltbundesamtes als Nr. 71/03 in deutscher und als Nr. 88/03 in englischer Sprache erschienen. Die Bände sind für je 10 Euro bei Werbung und Vertrieb, Wolframstraße 95-96, 12105 Berlin, Fax: 030/ 218 13 79, e-Mail: berlin@wundv.com , erhältlich. Berlin, den 11.02.04

HTML-Version: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2004/pd04-011.htm>

PDF-Datei: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-011.pdf>

Berlin, den 27.01.03

Gemeinsame Presse-Information mit der OECD, der BAuA und dem Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt Sachsen-Anhalt

Nachhaltige Chemie: Vorteile für Umwelt und Arbeitsplätze Workshop "Nachhaltige Chemie" in Dessau zeigt Wege für eine umweltverträglichere Chemieproduktion auf

Risiken für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer minimieren, Informationen zu Chemikalien verbessern, Produkte umweltschonend und sicher herstellen: Dies sind Hauptthemen des Workshops "Nachhaltige Chemie", der vom 27. bis 29. Januar in Dessau stattfindet, dem zukünftigen Sitz des Umweltbundesamtes (UBA). Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) und das UBA richten diese Veranstaltung gemeinsam aus. Laurence Musset, Umweltdirektion der OECD: "Eine nachhaltige Chemie wird das Niveau im Umweltschutz und in der Arbeits- und Verbrauchersicherheit insgesamt verbessern. Zugleich hilft sie, Kosten und Rohstoffe zu sparen." Prof. Dr. Andreas Troge, Präsident des UBA: "Der Workshop soll einen Beitrag für eine wettbewerbsfähige und dynamische, wissensbasierte Wirtschaft leisten. Es geht darum, die Wirtschaftlichkeit der Chemieproduktion zu erhalten und die Lebensgrundlagen auch für zukünftige Generationen zu sichern - kurz: Wir brauchen eine nachhaltige Chemie" Noch immer gehen von der Chemieindustrie Gefahren für die Umwelt und die Gesundheit der Menschen aus, die auf mangelndem Wissen beruhen. "Der Wissensstand zu einer Vielzahl bisher unzureichend bewerteter Chemikalien ist dringend aufzuholen", so Troge.

Dr. Reiner Arndt von der BAuA: "Es ist wichtig, nicht nur die Informationslücken zu schließen. Bei der Innovation chemischer Produkte sollte die Chemische Industrie deren sichere Anwendung verstärkt berücksichtigen. Die Rahmenbedingungen hierfür werden durch die neue Europäische Chemikalienpolitik deutlich verbessert. Die Gesundheit von Arbeitnehmern und Verbrauchern kann durch solche Chemikalien erfolgreich geschützt werden, die ohne besondere Schutzmaßnahmen sicher verwendet werden können."

Ein weiteres Anliegen ist es, Produktionsverfahren ressourcenschonend und emissionsarm zu gestalten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops diskutieren innovative Konzepte für sichere Anlagen und ein intelligentes Management für die Produkte. Dabei wollen sie klären, welche Kriterien für die Nachhaltigkeit zu setzen sind, wo die Messlatte liegen muss und wie man interessante Entwicklungen "aus der Schublade" heraus bringt und Wirklichkeit werden lässt.

Der "Vater der Grünen Chemie", Prof. Dr. Paul Anastas, Wissenschaftlicher Berater des US-Präsidenten, berichtet über die Erfahrungen in Nordamerika und unterstreicht, welche Bedeutung die Zusammenarbeit der internationalen Fachwelt hat, wenn man die Ergebnisse der Diskussionen umsetzen möchte.

Sachsen-Anhalts Umwelt-Staatssekretär Dr. Hermann Onko Aeikens ging insbesondere auf die Diskussion zur neuen Chemikalienpolitik in Europa ein. Er mahnte: "Nur ein effektives und praktikables Chemikalienrecht dient auch wirklich der Umwelt, dem Verbraucher und der Wirtschaft. Zu komplizierte und bürokratisch überzogene Regelungen sind hingegen kontraproduktiv." Der Entwurf der Europäischen Kommission für eine gemeinsame Chemikalienverordnung müsse vor diesem Hintergrund noch "wesentlich vereinfacht" werden, sagte Aeikens. Der Staatssekretär stellte die sachsen-anhaltische Umweltallianz zwischen Landesregierung und Wirtschaft als "effektives Instrument für umweltschonendes Agieren" vor. Aeikens: "Wir setzen auf ein Minimum an staatlichen Vorgaben und ein Maximum an eigenverantwortlichem Agieren der Wirtschaft." Den Dialog zwischen Politik und Wirtschaft nannte Aeikens "konstruktiv und ergebnisorientiert". Der gemeinsame Kurs sei richtig, "zum Schutz der Umwelt und zum Wohle der sachsen-anhaltischen Wirtschaft". Aeikens dankte dem Umweltbundesamt und allen Co-Organisatoren dafür, dass sie Dessau in Sachsen-Anhalt zum Veranstaltungsort gewählt haben. Aeikens: "Sachsen-Anhalt ist das Land der Chemie. Mit der Region Bitterfeld/Wolfen befindet sich einer der traditionsreichsten Chemiestandorte Deutschlands in Sachsen-Anhalt."

In Dessau entsteht der Neubau des UBA. Im Februar 2005 werden große Teile der Behörde von Berlin nach Dessau ziehen.

PDF-Datei: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-008.pdf>

englische HTML-Version: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse-e/2004/pe04-008.htm>

=====

Ende des newsletter/d/64

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann, Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: (+ 49) 7352 940529 email: Scherrmann@safer-world.org , info@safer-world.org, web: <http://www.safer-world.org> SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges nicht-kommerzielles internationales Internet-Informations-Netzwerk für eine gesündere Umwelt